

An den

Landkreis Helmstedt
Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Charlotte-von-Veltheim-Weg 5
38350 Helmstedt

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 11 Tierschutzgesetz (TierSchG)

Zur Beachtung:

- zutreffendes bitte ankreuzen / nichtzutreffendes bitte streichen
- Sofern der Platz im Vordruck nicht ausreicht, bitte die Angaben unter Hinweis (z. B. zu Abschn. C Nr. 2) auf gesondertem Blatt fortführen und mit Datum und Unterschrift beifügen

A. Antrag

Hiermit beantrage(n) ich / wir die Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes zum

- ☐ Züchten und/oder Halten von **Versuchstieren**
- ☐ Halten von Tieren in einem **Tierheim** oder einer ähnlichen Einrichtung (z. B. Tierpension)
- ☐ Halten von Tieren in einem **Zoologischen Garten** oder einer ähnlichen Einrichtung
- ☐ **Ausbildung von Hunden** für Dritte zu Schutzzwecken
- ☐ Durchführung einer **Tierbörse** zum Zweck des Tausches oder Verkaufes von Tieren durch Dritte
- ☐ gewerbsmäßigen **Züchten** oder **Halten** von Wirbeltieren außer landwirtschaftlichen Nutztieren und Gehegewild (z. B. Hunde-, Pferdepension)
- ☐ gewerbsmäßiges **Handeln** mit Wirbeltieren
- ☐ gewerbsmäßigen Unterhalten eines **Reit- oder Fahrbetriebes**
- ☐ gewerbsmäßigen **Zur Schau stellen** von Tieren oder für solche Zwecke Tiere zur Verfügung stellen (z. B. Alpakawanderungen, Assistenztiere)
- ☐ gewerbsmäßigen Bekämpfen von Wirbeltieren als **Schädlinge**
- ☐ **Ausbilden von Hunden für Dritte Personen** oder zum Anleiten der Ausbildung der Hunde durch den Tierhalter (z. B. Hundeschule)
- ☐ Verbringen oder Einführen von Wirbeltieren in das Inland zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder sonstige Gegenleistung oder Abgabe oder Vermittlung solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen/wurden
- ☐ **Sonstige Tätigkeit:** _____

B. Angaben zum Antragsteller / zum Betrieb / Verein

1. Angaben zum Antragsteller / Betriebsinhaber

Name, Vorname (ggf. auch Geburtsname)		Geburtsdatum
Anschrift (Straße, Nr., Postleitzahl, Ort)		
Telefonnummer	E-Mail-Adresse	

2. Standort der Tierhaltung / des Betriebes

Name, Vorname / Name des Betriebes
Anschrift der Tierhaltung / der Betriebsstätte (Straße, Nr., Postleitzahl, Ort)

3. Art und Höchstzahl der Tiere

Gattung	Höchstzahl		besonders geschützt
	Männlich	Weiblich	
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐

4. Art und Anzahl der Tiere, die gegenwärtig gehalten werden

Gattung	Anzahl		besonders geschützt
	Männlich	Weiblich	
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐

5. Beschreibung der Tätigkeit (insbesondere beim Reit- und Fahrbetrieb und Zurschaustellen von Tieren auch Angaben zu Art und Umfang)

6. Beschreibung der Räume und Einrichtungen, die der Tätigkeit dienen sollen:

C. Angaben zu der für die Tätigkeit verantwortliche Person (z. B. Tierpfleger)

1. verantwortliche Person

Name, Vorname (ggf. Geburtsname)		Geburtsdatum
Anschrift (Straße, Nr., Postleitzahl, Ort)		
Telefonnummer	E-Mail-Adresse	
Berufliche Qualifikation der für die Tätigkeit verantwortlichen Person (bitte Unterlagen beifügen, z. B. beglaubigte Zeugnisabschriften, Schulungsnachweise):		

2. stellvertretende Person

Name, Vorname (ggf. Geburtsname)		Geburtsdatum
Anschrift (Straße, Nr., Postleitzahl, Ort)		
Telefonnummer	E-Mail-Adresse	
Berufliche Qualifikation der für die Tätigkeit verantwortlichen Person (bitte Unterlagen beifügen, z. B. beglaubigte Zeugnisabschriften, Schulungsnachweise):		

Angaben der verantwortlichen und stellvertretend verantwortlichen Person:

- Wurde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz oder eine sonstige gewerbliche Tätigkeit eingeleitet oder durchgeführt? ☐ ja ☐ nein
- Wurde ein Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz oder eine sonstige gewerbliche Tätigkeit eingeleitet oder durchgeführt? ☐ ja ☐ nein
- Wurde eine Gewerbe- oder Tätigkeitsuntersagung wegen des Tierschutzgesetzes oder eine sonstige gewerbliche Tätigkeit ausgesprochen? ☐ ja ☐ nein
- Haben Sie in den letzten 3 Jahren vor Antragstellung die eidesstattliche Versicherung über Ihre Vermögensverhältnisse abgegeben oder ist zu deren Erzwingung Haftbefehl gegen Sie ergangen oder ist derzeit gegen Sie ein Verfahren anhängig? ☐ ja ☐ nein
- Ist ein Konkursverfahren anhängig? ☐ ja ☐ nein
- Ist ein Insolvenzverfahren anhängig? ☐ ja ☐ nein

Bei ja: Angabe von Name(n), Zeitpunkt und Strafmaß, Bußgeldhöhe, Verfahrensangabe/n:

3. Folgende Unterlagen des Antragstellers und Verantwortlichen sind beigelegt bzw. beantragt:

- ☐ Polizeiliches **Führungszeugnis** der verantwortlichen Personen (nicht älter als 6 Monate) zur **Vorlage bei einer Behörde** (§ 30 Abs. 5, § 32 Abs. 4 Bundeszentralregistergesetz)
- ☐ **Auszug** aus dem **Gewerbezentralregister** der verantwortlichen Personen (nicht älter als 6 Monate) zur Vorlage bei einer Behörde (§ 150 Abs. 5 Gewerbeordnung)
- ☐ **Nachweise zur Sachkunde** der verantwortlichen Personen für die beantragte Tätigkeit (beruflicher Werdegang, Zeugnisse etc.)
- ☐ Lageplan der Gebäude und Flächen mit Darstellung der Nutzung sowie Grundrisssskizze und **Baupläne** der Räumlichkeiten und Einrichtungen, die für die Tätigkeit genutzt werden mit Maßangaben
- ☐ Miet- oder Pachtvertrag oder Eigentumserklärung
- ☐ Ggf. **Kopie der Gewerbeanmeldung** für Gewerbebetriebe
- ☐ Ggf. **Auszug** aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister

Wurde eine Erlaubnis nach § 11 TSchG bei einer anderen Behörde beantragt?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja, bei welcher Behörde: _____

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass eine aufgrund unrichtiger Angaben erteilte Erlaubnis unwirksam ist und jederzeit zurückgenommen werden kann.

Ich verpflichte mich, Änderungen des dargestellten Sachverhaltes unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen.

Mir ist bekannt, dass mit der Tätigkeit erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden darf. Verstöße können mit einem Bußgeld geahndet werden.

Ich bin mir bewusst, dass die Erteilung bzw. die Ablehnung der Erlaubnis kostenpflichtig ist und mir die Kosten des Verwaltungsverfahrens auferlegt werden.

Ort	Datum	Unterschriften der verantwortlichen Personen
-----	-------	--

Hinweise:

Die Sachkunde kann z. B. nachgewiesen werden

- durch eine abgeschlossene, staatlich anerkannte oder sonstige Ausbildung, die zum Umgang mit Tieren, auf die sich die Tätigkeit erstreckt, befähigt oder
- durch einen in der Regel mindestens dreijährigen haupt- oder einen gleichwertigen nebenberuflichen Umgang mit Tieren entsprechender Arten (z.B. Bescheinigung über Aushilfstätigkeiten, Praktika etc.).
- entsprechende Schulungen inkl. Prüfung bei anerkannten Akademien
- Für den Bereich Zoofachhandel kommt als staatlich anerkannte Ausbildung insbesondere eine abgeschlossene Ausbildung im Zoofachhandel oder als Tierpfleger in Betracht.

Das Führungszeugnis für Behörden (**Belegart „O“**) sowie die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für den Antragsteller bzw. die verantwortlichen Personen sind beim zuständigen Einwohnermeldeamt, bzw. dem Gewerbeamt zu beantragen.

Sollten auch Tiere für andere in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit transportiert werden, ist unabhängig von dieser Erlaubnis eine Zulassung als Transportunternehmer nach der EU VO 1/2005 zu beantragen. Ein entsprechendes Formular finden Sie auf unserer Homepage.

Eine Erlaubnis nach §11 Abs. 1 Tierschutzgesetz wird vorbehaltlich ggf. erforderlicher Erlaubnisse oder Genehmigungen insbesondere nach gewerberechtlichen, ordnungsrechtlichen, jagdrechtlichen baurechtlichen, sowie artenschutzrechtlichen und tierseuchenrechtlichen Bestimmungen erteilt.

Informationen über die Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 EU-DSGVO

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters

Landkreis Helmstedt
Herr Landrat Gerhard Radeck
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel.: +49 5351 121-0
Fax: +49 5351 121-1600
E-Mail: kreisverwaltung@landkreis-helmstedt.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Landkreises Helmstedt
Landkreis Helmstedt
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel.: +49 441 9714-159
Fax: +49 441 9714-17159
E-Mail: datenschutzbeauftragter@landkreis-helmstedt.de

Zwecke und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die von Ihnen erfassten personenbezogenen Daten werden vom Landkreis Helmstedt ausschließlich zur Durchführung des von Ihnen spezifizierten Zwecks verarbeitet und genutzt. Die von Ihnen im Rahmen des Antrags eingegeben Daten werden an die antragsbearbeitende Behörde weitergeleitet.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e i.V.m. Art. 6 Abs 3 lit. b DSGVO.

Berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, die verfolgt werden nach Artikel 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO

--

Empfänger / Kategorien der Empfänger der personenbezogenen Daten gemäß Artikel 4 Nr. 9 EU-DSGVO

Ihre personenbezogenen Daten, die bekannt geworden sind, werden nur dann an Dritte weitergegeben, wenn Sie einer Weitergabe zugestimmt haben oder wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

Erhobene, personenbezogene Daten werden solange gespeichert, wie dies für die einzelnen Verfahren erforderlich ist oder eine gesetzliche Grundlage die Speicherdauer vorgibt.

Hinweise für die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: +49 511 1204500

Telefax: +49 511 1204599

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de